

## Protokoll vom 30.4.2019 - Aktionskreis Der behinderte Mensch in Dortmund

(8 Teilnehmende)

### 1. Infos und Berichte

- Petra Uhlich informiert, dass am 21. Juni im Union-Gewerbehof gemeinsam mit dem Evangelischen Kirchentag ein visuelles (gebärdetes) Abendmahl mit anschließendem Zusammensein geplant ist.  
Ganztägig wird eine Ausstellung „Gehörlosenkultur und Deutsche Gebärdensprache im Wandel“ gezeigt.
- Esther Schmidt hat sich erkundigt, was es Aktuelles vom Geschehen rund um den geplanten Wechsel des Fahrdienstbetreibers gibt: Es war noch nichts Konkretes über die europaweite Ausschreibung bekannt, nichts über Bewerbungen. Unklar blieb auch, ob die Bewerbungsfrist schon abgelaufen ist. Aus dem Sozialamt wurde versichert, dass es „egal sei, ob es einen neuen Betreiber gibt, es wird keine Zeit ohne Fahrdienst geben“. Und ein möglicher Wechsel soll nicht zulasten der Nutzer\*innen gehen. Außerdem sei das Behinderten-Politische Netzwerk stets informiert, das Sozialamt sei verpflichtet, regelmäßig zu berichten; jeder/jede könne sich über Frau Vollmer sachkundig machen.  
Trotz dieser Zusagen überwogen die skeptischen Stimmen in der Diskussion, denn Qualität und Kapazitäten des Fahrdienstes sind auch relevant. Es wird verabredet, dass Esther Schmidt weiter nachfragt.  
Birgit Rothenberg berichtet kurz von den Verhandlungen zum Ausführungsgesetz des BTHG auf Landesebene. Hier gibt es noch keine Vereinbarung zur Mobilität-Sicherung im Rahmen der sozialen Teilhabe.
- Esther Schmidt berichtet vom letzten Forum vor der Sitzung des Behinderten-Politischen Netzwerks zum Thema Umsetzung des BTHG. (zur Erläuterung: es werden zuerst in erster Linie Heimbewohner\*innen von den Veränderungen betroffen sein, da Lebenshaltungskosten und Miete von den Unterstützungsleistungen getrennt werden ab 1.1.2020 und mit unterschiedlichen Verträgen versehen werden). Eingeladen waren die Dortmunder Ergänzenden Unabhängigen Teilhabe-Beratungsstellen (EUTB), das Sozialamt und der LWL. Der LWL hatte keine Vertretung geschickt, die EUTB des Betreuungsvereins war krankheitsbedingt verhindert. Das Sozialamt berichtete, dass im Sommer rechtzeitig informiert werde. Die EUTB des Blindenvereins hatte bisher in der gesamten Region wenig Berührung mit dem Thema, auch die EUTB von MOBILE hatte bisher wenig Beratungs-Anfragen von Heimbewohner\*innen bzw. deren Angehörigen. Überhaupt sei es schwierig, Heimbewohner\*innen und auch Beschäftigte in Behinderten-Werkstätten direkt über die Beratungsmöglichkeiten durch die EUTBs zu informieren. Eine folgende Diskussion ging dann zu den zukünftigen Möglichkeiten der Betroffenen, mitzuwirken bei der Ziel- und Maßnahmeplanung und zu der Frage, ob diese Möglichkeiten besser als bisher seien und ob und wie Betreuer\*innen diese Möglichkeiten bestenfalls zusammen mit den „Betreuten“ wahrnehmen werden. Nicht nur die Leistungsträger, sondern auch Betreuer\*innen sollen die von ihnen betreuten Personen bereits „im Vorfeld“ auf die Angebote der EUTBs hinweisen. Die anwesenden Berater\*innen sagten dazu, dass bisher die Ratsuchenden in jedem Stadium der Antragstellung kommen, sehr oft allerdings auch im späten oder sehr späten Zeitpunkt der Antragstellung kommen.

Daneben gab es eine Diskussion darüber, dass Wünsche und Ziele von behinderten Menschen in der Beratung nicht oder nur sehr schwer umzusetzen seien, weil unterstützende Angebote für diese Lebens-Ziele in Dortmund fehlen – aktuell z.B. Ambulante Dienste bzw. Pflegekräfte für umfassende ambulante Unterstützung. Es wurde auf die Funktion des Beratungsnetzes Dortmunder Einrichtungen verwiesen, die zugesagt haben, Bedarfslücken zu sammeln und Konsequenzen besprechen. Das Thema der ambulanten Pflege und Assistenz soll auf einer der nächsten Sitzungen wieder aufgegriffen werden.

- Esther Schmidt berichtet, dass Frau Meyer, die für das Behindertenpolitische Netzwerk im Koordinierungsgremium beteiligt ist, zur Mai-Sitzung des Aktionskreises kommt. Frage ist, ob und wie die Selbsthilfe und die Betroffenen Anliegen über Frau Meyer ins Koordinierungsgremium einbringen können und wie sie zeitnah über die Diskussionen und Beschlüsse des Gremiums informiert werden.
- Die Selbsthilfe-Kontaktstelle informiert, dass am 18.5. der Dortmunder Selbsthilfetag von 12-17 Uhr auf dem Reinoldiplatz/Ostenhellweg „passieren“ wird.
- **Teilnehmerinnen berichten, dass für die Europawahl von bisher vom Wahlrecht ausgeschlossenen behinderten Erwachsenen die Eintragung ins Wählerverzeichnis beantragt werden muss – das geht auch per Mail, danach wird die Wahlbenachrichtigung zugeschickt!**

## **2. Die Umsetzung der UN-BRK in NRW – Analyse des Deutschen Instituts für Menschenrechte**

Mitglieder, die an der Anhörung vor diesem Bericht teilgenommen hatten, berichteten, dass die Stellungnahmen und Berichte über Missstände und Lücken/Probleme bei der Umsetzung viel deutlicher und detaillierter gewesen seien als der vorgelegte Bericht – vielleicht mit Ausnahme des deutlich festgestellten Mangels an barrierefreien Mietwohnungen und des Rückschritts bei der schulischen Inklusion. Anderes können man eher wiederfinden unter Formulierungen wie: Es fehlen landesweite Daten zu..... oder es fehlen Konzepte zur landesweiten Ermöglichung der Beschäftigung auf dem Allgemeinen Arbeitsmarkt und ähnliches.

## **3. Bluttest zur vorgeburtlichen Früherkennung von Trisomien**

Es gab eine intensive Diskussion, die um 19 Uhr einvernehmlich abgebrochen wurde. Mehrheitlich wurde die Frage der Aufnahme als Krankenkassenleistung als Herausforderung für die Politiker\*innen angesehen, deutlich auch am nicht geforderten Fraktionszwang. Unmissverständlich klar wird in der Diskussion im Aktionskreis, dass die Tendenz zum perfekt designten Kind geht und auf jeden Fall der Druck auf (werdende) Eltern und auch direkt auf behinderte Menschen gestiegen ist. Einige Anwesende vertraten die Position, dass die gesellschaftliche Entscheidung für solche Screening-Methoden bereits vor 20 Jahren gefällt wurde, als die Forschung für die Entwicklung solcher Tests finanziell gefördert wurde.

Birgit Rothenberg, 1.5.2019